

Schneider-Zeitung

Obligatorisches Organ des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen und verwandter Berufskollegen Deutschlands. Sitz Köln.

erschienen alle 14 Tage. — Abonnementspreis vierteljährlich 65 Pfg. — Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.

Für Schriftleitung, Verlag und Expedition verantwortlich
H. Schwarzmann, Köln-Ehrenfeld, Piusstr. 64.
Druck der Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Klarastraße 11.

Intentionspreis, die 4-wöchige Belegzeit oder deren Raum 10 Pfg. bei mehrmaliger Wiederholung entsprechender Rabatt.

Kollegen! Agitiert allerorts für unsern Verband!

Das Grundproblem der Sozialreform.

Zum Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten im Reichstag schreibt Prof. Dr. E. Franke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“: „Der Reichstag beginnt seine Arbeiten am 22. November mit zahlreichen Kommissionsberichten, darunter viele über sozialpolitische Eingaben: Sozialreform im Handelsgewerbe, obligatorische Arbeiterversicherung, Handelsinspektionen, Sinnerbitten, Arbeitslosen- und Invalidenversicherung, Gefindensicherung und Koalitionsrecht für Handarbeiter, Rechtsverhältnisse der Berufsmusiker, Unterstellung des Bühnen-Chorpersonals unter die Sozialversicherung, Schutzmaßnahmen für arbeitende Mütter u. a. m. Schon diese Aufzählung zeigt, wie sich der Kreis derjenigen Klassen und Berufsstände, die soziale Reformen für sich auf dem Wege der Gesetzgebung verlangen, immer mehr erweitert. Der Vorwurf, daß die Sozialpolitik des Reichs sich nur an die gewerblichen Lohnarbeiter halte, daß namentlich auch die ländlichen Sozialreformer stets auf dem Wohl allein bedacht seien, ist längst hinfällig. Überall hat freilich der Staat zuerst mit sozialpolitischem Schutze bei jenen dreiten und wachsenden Volksschichten eingegriffen, deren Lage durch die industrielle Revolution tief bedrückt und für das Gesamtwohl bedrohlich geworden war. Aber diesem Anfang ist in Deutschland sehr bald die Fürsorge für das Handwerk, die Regelung im Handelsbetrieb, die Arbeitsordnung in der Seeschifffahrt, das Bemühen um die Wanderräumen gefolgt; jetzt schreitet man einerseits vor in die Provinzen der geistigen Arbeiter und andererseits in die Niederungen der Bauindustrie. Und schon klopf die ländliche Arbeiterfrage vornehmlich an die Tore der Sozialpolitik; auch ihr wird aufgetan werden müssen.“

Eine fast übergroße Fülle von Aufgaben aus den verschiedensten Zweigen sozialpolitischer Arbeit erwartet den Reichstag: Bismarckhausarbeit, Umverteilungsmochnst, kleiner Befähigungsnachweis, Sicherung der Bauforderungen, Hilfslosensgesetz, Jugendamttag für Frauen, Neuregelung der Sozialversicherer, Arbeitsvertrag der technischen Beamten, § 63 B.-G.-B., Personenversicherung der Polizeibeamten, Gewerkschaften in der Hausarbeit, Vereins- und Versammlungsgesetz; dann weitere Arbeiterkammern, Sonntagruhe, Reform der Verjährungsgesetze — das ist eine ungeheure Liste der von der Regierung eingebrachten, vorbereiteten oder geplanten Gegenstände. Wenn sollen sich weit über 100 Initiativentwürfe der Parteien an. Hier gilt es vor allem einen neuen Arbeitsplan zu schaffen. Wir leben nicht da, wo im Wege stehen sollte, daß Regierung und Reichstag durch ihre Vertreter in einer harmonischen Verständigung sich darüber einigen, was gescheit und vor allem in dieser Session in Angriff genommen und durchgeführt werden muß und was, der Zeit und Kraft leihen, um alles

auf einmal zu erledigen, auf die nächste Tagung zu schieben ist. Es ist nicht unsere Sache, hier Vorschläge zu machen. Aber recht eindringlich auf die Notwendigkeit einer Beschränkung hinzuweisen und weiter die dringende Warnung auszusprechen, die kostbare Zeit nicht in weitgeschwungenen Reden, weder vom Bundesrats-tisch noch von den Bänken des Hauses, zu vergeuden, dazu geben uns die trübten Erfahrungen der letzten Jahre ein Recht. Da ist sehr viel geredet und gar nichts getan worden. Programmreden haben wir wahrlich genug gehört, uns verlangt nach stiller Arbeit und greifbaren Erfolgen.“

Prof. Dr. Franke glaubt die Zeichen der Zeit nicht falsch zu deuten, wenn er sagt, daß die politische Gesamtsituation der Fortführung der Sozialreform auf den verschiedenen Gebieten günstig ist. Sowohl auf Seiten der Regierung, wie der Parteien glaubt er „ehelichen Willen zur Tat“ feststellen zu können. Sogar von den Sozialdemokraten hegt er die leise Hoffnung, sie würden sich „wenn sie wohl beraten seien“, aus „Treibern und Kritikern“ zu „Helfern in positiver Arbeit“ wandeln. Nachdem er die alte Klage über die „Kosten der Sozialreform“ gewälzt — er erinnert an die ungeheuren Vorteile an Volksgesundheit, Volkskraft und Leistungsfähigkeit der Arbeiter, an Fortschritte der Technik, Durchbildung der Geschäftsorganisation und an die Erziehung genialer Unternehmer — fährt er fort:

„Diese beiden Träger der deutschen Arbeit, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, einander näher zu bringen, die Gegensätze zu mindern, die Gemeinamkeit der Interessen zu betonen, auszugleichen, zu versöhnen — darauf gehen augenscheinlich die Bemühungen der leitenden Männer in der Regierung, Reichstanzler, Minister und Staatssekretär suchen jetzt enge Fühlung mit Unternehmerverbänden und Arbeiterorganisationen. Man verheißt hier Abhilfe der Beschwerden, man fordert dort zur Mitarbeit an Reformen auf. Man betont die Notwendigkeit der sozialen Arbeit im Rahmen des Gesamtwohles. Man lehnt den Herrenstandpunkt ab und nennt Arbeitgeber und Arbeiter Kameraden. Man wünscht eine Parität der gegenseitigen Beziehungen. Und als höchstes Ziel wird die Eingliederung der Arbeiterschaft in den nationalen Volksträger als gleichberechtigtes Glied hingestellt. Wer möchte diese Bestrebungen nicht loben, wer nicht an ihrer Verwirklichung mit-helfen? Und doch drängt sich uns sofort die Frage auf: Ist sich die Regierung auch klar über den richtigen Weg zu diesem Ziele? Hierauf vermögen wir nicht mit Ja zu antworten. Ein Wort wenigstens, das heute auf den Lippen aller Arbeiter, Gehilfen, Angestellten liegt, hat weder der Reichstanzler noch ein Minister in all den Reden der letzten Zeit ausgesprochen: über die Erweiterung und Sicherung des Koalitions-

rechts haben sie stillgeschwiegen. Weder die Auf-forderung der vaterländischen Arbeiter, hier vor-zugehen, noch die Warnung der Bergindustriellen vor solchem Beginnen hat vermocht, der Regie-rung den Mund zu öffnen. Sie wird aber sehr bald laut werden, das hier das heisse Problem der ganzen Sozialpolitik liegt, an dem die red-lichsten Absichten scheitern, wenn man es nicht im Sinne der Gerechtigkeit löst.“

Daß sich auch bei dem jetzigen Zustande der Koalitions-gesetzgebung leben und auskommen läßt, kann niemand bestreiten, der da sieht, wach-ungeheure Mächte der Organisation unter diesen Zustände aufgewachsen und. Die Berufsvereine der Arbeitnehmer zählen ihre Mitglieder heut nach Millionen, die Arbeitgeberverbände sind ihnen an innerer Kraft vielfach überlegen, immer weiter greift die Koalition in andere Berufs-stände über, die kaufmännischen Behörden, die technischen Anstalten, die Unterbeamten, die Lehrer, Ärzte, Richter — überall bilden sich Verbände zur Wahrung der Berufsinteressen und schon trüben Versuche zur Organisation der Dienstboten und Arbeiter auf dem Lande auf. Auch trotz aller Einschränkungen des Koalitionsrechts, trotz aller Forderungen und Strafen, die gegen seinen Mißbrauch bestimmt sind, ungeachtet aller behördlichen Demüßnisse und Ein-derungen schreitet die Bewegung fort wie ein gewaltiger, nur dem Naturgesetz gehorchender Strom. Aber was in den Arbeitnehmern in Gewerbe und Handel wie eine offene Wunde brennt, ist das Bewußtsein, ja die tägliche Er-fahrung, daß sie, nur sie allein bei der Aus-übung des Koalitionsrechts unter einem Aus-nahmegesetz stehen, daß alle Einschränkungen und Strafen sich gegen sie ausschließlich richten, die Unternehmer und Arbeitgeber aber davon nicht betroffen werden, daß die bei Verstößen gegen die Gesetze sonst als strafmildernd in Be-tracht kommenden Momente — die leidenschaft-liche Erregung und die Wahrung berechtigter Interessen — den Arbeitern nach § 153 als strafverhärkend angerechnet werden, daß man sie wegen Nötigung und Erpressung strafe, wo sie nur übereifrig für ihren Berufsverein ein-treten, daß Unternehmer, ja selbst der Staat sie vor die Wahl stellen können: Protokolligkeit oder Untreue gegen ihre Gewerkschaft! — Dies alles — es ist nur eine dürftige Ansätze aus den Beschwerden — erbittert die Arbeiter als schmach-liche Ungerechtigkeiten, ja als eine im tiefsten Grunde unsittliche Verfolgung.

Niemals wird die Eingliederung der Arbeiter-bewegung als eines starken Faktors der sittlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes gelingen, wenn es veräußert wird, hier Wandel zu schaffen. Autorität und Ordnung würden dabei gewiß nicht leiden, weder im öffentlichen Leben, noch im Wirtschaftsbetriebe, wenn dieser Stachel aus der Seele der Arbeiter genommen würde. Will die Regierung ernstlich sich über

...bei den seinen Freunden schuldig, oder über ...

Wir wollen mit dieser Festsetzung nichts anderes ...

Wenn Herr Josef am Schluß meint, daß gerade ...

Wollt wir die von den „Freien“ in Altschönburg ...

Was dieser Kanton als „Referent“ in den Feind ...

...in der Besatzung ...

Die Wähler zum Vortritt ...

Was die Genossenschaft ...

...in der Besatzung ...

...in der Besatzung ...

...von Eigentümern ...

Job. Becker.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Habt Euch durch pünktliche Beitrags ...

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 31. Wochen ...

Im November fanden folgende Zahlstellen ihre Ab ...

Die mit ihren Abrechnungen ...

Der Vorstand. Der Zentralvorstand hat in seiner ...

aus den Zahlstellen.

Beantwort. In unserer letzten Mitgliederversamm ...

Wannheim. Der gewaltige Lohnkampf in Altschön ...

...in der Besatzung ...

...in der Besatzung ...

wohl nur seit dem Vertheil unserer ...

Kollegen und Kollegen ...

Soziales und Allgemeines.

Ob der Arbeiter berechtigt, die Arbeit ohne ...

Das Landgericht änderte das Urteil des Gewerbe ...

Der Antrag ...

Man weiß wirklich nicht, woüber man sich am meisten ...

